

## SPAG

# «Transparenz ist kein Verlustgeschäft, sie ist ein Gewinn!»

Hanspeter Thür, Präsident der Standeskommission der Schweizerischen Public Affairs Gesellschaft SPAG fordert Politik und Öffentlichkeit auf, für die Durchsetzung von Transparenzregeln und für ein Berufsregister der Interessenvertreter einzustehen. Denn Lobbying sei fester Bestandteil des demokratischen Systems.

Interview: **Persönlich**



Hanspeter Thür, Präsident der Standeskommission der Schweizerischen Public Affairs Gesellschaft SPAG.

### **Herr Thür, welche Rolle spielen Interessenvertreter in unserem Land und in unserem direktdemokratischen System?**

Demokratie lebt von permanentem Interessenausgleich. Dieser ist fester Bestandteil unseres Systems. Dazu gehören aber klare Regeln, die gleich lange Spiesse für alle garantieren: Direktdemokratisch heisst, dass es einen transparenten Austausch gibt, in dem die Gegenüber einander kennen und voneinander wissen, wer welche Interessen vertritt. Alles andere behindert den demokratischen Prozess.

### **Wie haben Sie in Ihrer politischen Karriere und in Ihrer Zeit als Datenschützer das Lobbying erlebt?**

Als Nationalrat habe ich das bereits als sehr lebendig erlebt: Ich hatte häufige und viele Kontakte mit Interessenvertretern aller Herkunft. Ich habe diese Kontakte auch gesucht – schliesslich wollen Parlamentarier sich kundig machen über die verschiedenen Standpunkte. Wir sind in einem Milizsystem darauf angewiesen, im Gesetzgebungsprozess Informationen von allen Seiten beurteilen und verarbeiten zu können. Das ist Basis für die Meinungsbildung. Dabei ist es auch vorgekommen, dass Motivationen hinter den Interessen nicht von vornherein klar waren. Doch dies ist nicht zielführend: Erst wenn ein Parlamentarier weiss, wer welche Interessen vertritt, kann er eine Sache vollumfänglich beurteilen.

### **Was hat sich aus Ihrer Sicht seit Ihrer Zeit im Nationalrat geändert?**

Interessenvertretung und die Bemühungen, Gesetzesentscheide in die eine oder andere Richtung zu beeinflussen, gab es immer. Das ist auch gut so. Merklich anders sind der Umgang damit und auch die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit: Heute gibt es eine Sensibilität dafür, dass nachvollziehbar sein muss, wer im Parlament und gegenüber der Verwaltung in wessen Auftrag lobbyiert. Das gilt für Interessenvertreter, aber auch für die Parlamentarier selbst.

### **Sie präsidieren neu die Standeskommission der Schweizerischen Public Affairs Gesellschaft**

**schaft SPAG. Warum braucht es eine solche Kommission?**

Diese Kommission ist ein Teil der nötigen Sensibilisierung und Entwicklung, die stattfindet. Richtigerweise vertritt der Berufsverband SPAG die Interessen jener, die sich für eine ethische Basis einsetzen. Es muss erkennbar sein, wer gegenüber der Politik mit welchen Interessen auftritt. Wir kämpfen also mit der Kommission gegen das Kernproblem an: gegen inakzeptable Intransparenz im politischen Prozess. Die ist es ja, die dem Lobbying einen schlechten Ruf eingebrockt hat. Die SPAG ist nun zentraler Impulsgeber für eine allgemeinverbindliche Regelung. Und Standesregeln machen ja nur Sinn, wenn sie auch eingehalten werden. Diese kontrolliert die Kommission.

**Welches Ziel wollen Sie als deren Präsident Ende der laufenden Legislatur erreicht haben?**

Primär ist es mein Anliegen, jene Standesregeln, die derzeit von der SPAG für die Zukunft definiert werden, dann auch durchzusetzen. Dazu gehört derzeit die Arbeit an fairen, griffigen und international tauglichen Standesregeln Interessenvertretung und Lobbying betreffend. Transparenz ist kein Verlustgeschäft, sie ist ein Gewinn! Diese Lobbying-Regeln sollen verstanden und allgemeinverbindlich werden. Also ist die Diskussion darüber ganz wichtig: Aus der SPAG heraus müssen die Regeln ausstrahlen, via Politik, Medien und Öffentlichkeit sollen sie Bewusstsein schaffen und schliesslich selbstverständlich werden.

**Es wird viel lobbyiert in und um die Schweizer Parlamente, national wie kantonale. Ein kleiner Bruchteil aller Interessenvertreter bekennt sich heute als Mitglied der SPAG zu selbst auferlegter Transparenz und dem Kodex von Lissabon. Arbeiten wir für die Katz?**

Im Gegenteil: Die SPAG weist den Weg. Sie vertritt den einzigen und richtigen Ansatz, dass nicht im Dunkeln lobbyiert werden kann, weil es in der Politik um Interessen der Allgemeinheit geht. Es fehlen nun noch die Akzeptanz, das Verständnis und die allgemeine Überzeugung aller, die in Gesetzgebungs- und Meinungsbildungsprozesse involviert sind.

**Weshalb erscheint es so schwierig, die Notwendigkeit zu erkennen, dass es im Kontakt**

**mit Politik und Verwaltung dringend Transparenz braucht?**

Ich habe diese Erfahrungen schon in meiner Funktion als Öffentlichkeitsbeauftragter gemacht: Wer seine Interessen nicht offenlegen will, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er im Versteckten manipulieren will und damit andere benachteiligt. Es ist inakzeptabel, als mandatiertes Interessenvertreter oder Parlamentarier in einen demokratischen Entscheidungsfindungsprozess einzugreifen, ohne zu sagen, für wen man wirklich kämpft. Wer in einem intransparenten Graubereich agiert, will manipulieren und sich einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Das schadet der Demokratie und gehört an den Pranger.

**Wird es Ihnen gelingen, in der Politik und in der Öffentlichkeit Vertrauen in die Berufsgruppe der Lobbyisten aufzubauen und damit weitere von der Notwendigkeit eines Berufsregisters mit der Pflicht zur Transparenz zu überzeugen?**

Das hängt sehr davon ab, wie stark sich die SPAG um die Durchsetzung ihrer Standesregeln über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus stark macht und sich öffentlich Gehör verschaffen kann. Das Anliegen darf nicht einfach in der Verantwortung und der Selbstdeklarationspflicht der SPAG belassen sein. Die SPAG-Initialzündung muss ein Höhenfeuer oder noch besser ein Flächenbrand werden. Es muss gelingen, dass Interessenvertreter, die sich nicht an die Standesregeln halten, egal, ob sie Mitglied der SPAG sind oder nicht, ihre Reputation in der Öffentlichkeit verlieren, weil ihre Dienste zweifelhaft sind.

**Bemühungen um mehr Transparenz und Anerkennung des Berufsstandes der Lobbyisten sind nicht zuletzt gerade im Parlament gescheitert. Weshalb hat das Parlament bisher darauf verzichtet, solche Regeln selbst zu erlassen?**

Das ist schwer verständlich. Die Politik will die Notwendigkeit und den Wert einer Regelung (noch) nicht erkennen. Wir wissen: Die Parlamentarier stehen im Glashaus und sind oft mit verschiedenen Hüten unterwegs, die nicht immer klar deklariert sind. Gewählte Volksvertreter schaden aber der Demokratie, wenn sie sich beim Lobbying nicht für grösstmögliche Transparenz einsetzen.

Ganz abgesehen davon, dass alles, was in Dunkelkammern stattfindet, die Korruption fördert.

**Anwälte vertreten vielerlei Interessen – auch gegenüber der Politik; sie agieren oft als Lobbyisten. Sie dürfen sich aber aufs Anwaltsgeheimnis berufen. Sehen Sie Handlungsbedarf?**

Solange der Anwalt die Interessen seines Mandanten bei der Durchsetzung von Rechtsansprüchen vor Gericht oder anderswo wahrnimmt, steht das Berufsgeheimnis nicht zur Diskussion. Die Frage stellt sich aber, wenn sich ein Anwalt beispielsweise als Interessenvertreter eines Verbandes im Rahmen eines Gesetzgebungsprozesses einmischt und damit ebenfalls als Lobbyist agiert. Darf er sich da hinter dem Berufsgeheimnis verstecken?

**Die Schweiz und das Schweizer Parlament werden international kritisiert, weil es bei der Parteienfinanzierung und bei den Entschädigungen von Mandatären, die dir Parlamentarier selbst innehaben, keine Transparenz gibt. Was muss geschehen?**

Ich kann diese Kritik nachvollziehen. Es ist ja klar, dass niemand Geld spendet, ohne sich einen Vorteil zu erhoffen. Der Grundsatz «Wer zahlt, befiehlt» gilt hier zu hundert Prozent. Diese Geldflüsse müssen transparent gemacht werden – wie dies ja einzelne Firmen bereits von sich aus machen. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob es nicht auch Zeit wäre, für die Bezüge einzelner Politiker Schwellen zu definieren, ab denen dieses Entgelt öffentlich gemacht werden muss. Wir haben international genügend Beispiele, die zeigen: Wo viel Geld fliesst, ist die Korruptionsanfälligkeit hoch. Die Schweizer Politik ist von diesem Verdacht nicht ohne Weiteres ausgenommen. 